

Lünen

In dieser Woche sorgte der Angriff an einer Schule in Lünen für Bestürzung: Ein 15-Jähriger erstach einen 14-jährigen Mitschüler, weil er sich von dessen Blicken provoziert fühlte. Der Fall sorgt für eine Debatte: Hat die Aggressivität an den Schulen zugenommen, gibt es mehr Gewaltvorfälle? Wie können Lehrkräfte mit Aggressivität umgehen, welche Unterstützung brauchen sie? (Welt.de, 23.1.18 – [Schüler an Gesamtschule in Lünen von Mitschüler getötet](#), FAZ, 24.1.2018 – [Haftbefehl wegen Mordes nach Bluttat von Lünen](#), Süddeutsche Zeitung, 24.1.2018 – [Kann ein Kind "unbeschulbar" sein?](#))

DL-Präsident Heinz-Peter Meidinger fordert eine „Offensive für Werteerziehung in der Gesellschaft und an Schulen“ und erläutert den Vorschlag in einem ausführlichen Interview: [Gewalttat von Lünen: „Die Schulen werden alleine gelassen“](#) (FAZ, 24.1.2018)

Ein Schulpsychologe spricht über Ursachen von Konflikten an Schulen, die in den letzten 20 Jahren zugenommen haben: Erziehungsaufgaben, die aus unterschiedlichen Gründen nicht mehr vom Elternhaus geleistet werden, Familienkonflikte, die die Schüler belasten, fehlende Unterstützung in den schulischen Leistungen in bildungsfernen Haushalten. Auch die Herangehensweise der Schulpsychologen hat sich verändert, um auf die veränderten Probleme einzugehen: Sie agieren in einem Netzwerk zusammen mit Jugendamt, behandelnden Ärzten, Psychotherapeuten oder der Polizei und beziehen in Form der Systemberatung das ganze System Schule mit ein. Obwohl seit dem Amoklauf in Erfurt in einigen Bundesländern die Anzahl der Schulpsychologen deutlich erhöht wurde, sieht er Deutschland schulpsychologisch als deutlich unterversorgt an. (Süddeutsche Zeitung, 25.1.2018 – [Berater für Lehrer, Schüler und Eltern: "Unser Angebot steht allen offen"](#))

Fünf Lehrkräfte aus NRW berichten über das Maß an körperlicher und psychischer Gewalt (z.B. durch Cybermobbing) an ihren Schulen – aus den Berichten wird deutlich, dass von den Lehrkräften oft eine heftigere Form der Gewalt wahrgenommen wird als früher: [Lehrer über Gewalt an NRW-Schulen: "So ein Schlag ins Gesicht, das ist doch nichts Schlimmes"](#) (RP-online.de, 25.1.2018)

Arbeitszeitstudie

Der Deutsche Philologenverband startet in Zusammenarbeit mit der Uni Rostock und unterstützt durch die DAK eine großangelegte Arbeitszeitstudie. Teilnehmen können alle Lehrkräfte an Gymnasien in staatlicher, städtischer und freier (privater, kirchlicher) Trägerschaft. Die Studie beginnt – für die einzelnen Bundesländer gestaffelt – im I. Quartal 2018. Informationen finden Sie auf dieser Seite des Instituts für Präventivmedizin der Uni Rostock: <https://praeventivmedizin.med.uni-rostock.de/forschung/lehrerarbeit-im-wandel-laiw-studie/>

Dazu auch die Pressemitteilung:

22.01.2018 – DPhV – [Der Deutsche Philologenverband startet bundesweite Studie zu Arbeitszeit, Belastung und Gesundheit](#)

Lehrer

In Sachsen wird weiterhin über die Wiedereinführung der Verbeamtung von Lehrkräften debattiert, der neue Kultusminister Piwarz hat ein Konzept vorgestellt, bei dem die Altersgrenze zur Verbeamtung von Bestandslehrer von 47 auf 42 sinken soll, außerdem sollen Grundschullehrkräfte besser entlohnt werden. Der Koalitionspartner SPD steht allerdings einer Verbeamtung kritisch gegenüber, es wird noch verhandelt, bis zur selbstgewählten Frist 31.1. soll es Resultate geben. Laut neusten Berichten vom Freitag scheint eine Einigung bis dahin allerdings unwahrscheinlich. (Sächsische Zeitung, 25.1.2018 – [Eine Lehrer-Verbeamtung mit Ecken und Kanten](#), mdr.de, 25.1.2018 – [Lehrer-Verbeamtung: CDU und SPD streiten weiter über Chancen und Risiken](#), 26.1.2018 – [Keine Einigung im Streit um Lehrerverbeamtung](#))

Dazu auch:

24.01.2018 – Philologenverband Sachsen – [Philologenverband unterstützt Verbeamtungspläne - fordert adäquaten Ausgleich für ältere Kollegen](#)

Im Hochschulblog der FAZ wird auf ein gravierendes Problem – konkret am Institut für Germanistik der Universität Duisburg-Essen – hingewiesen: Zukünftige Lehrkräfte für das Fach Deutsch, die bereits im Master-Studium sind, weisen extreme Defizite im Bereich Rechtschreibung und Grammatik auf, sowohl bei Zeichensetzung als auch bei Kasusbildung. Die Dozenten und Dozentinnen geben inzwischen auch zu Beginn des Semesters ausführliche Schreibaufgaben, damit das Problem nicht erst bei den Semesterabschlussaufgaben zu Tage tritt. Eine Qualitätskonferenz hat sich darauf geeinigt, dass nach 15 Fehlern auf den ersten drei Seiten die Korrektur einer Arbeit abgebrochen und die Arbeit als mangelhaft bewertet werden darf. Die Uni bemüht sich mit diversen Angeboten, die schriftlichen Leistungen der späteren Lehrkräfte zu verbessern, nicht nur die der Deutschlehrerinnen und -lehrer, sondern auch die anderer Fächer. (Blog.faz.net, 26.1.2018 – [Wie sollen Lehrkräfte vermitteln, was sie selbst nicht können?](#))

Lehrermangel

Auch im Berufsschulbereich ist der Lehrermangel deutlich spürbar, besonders im technischen Bereich wird um Quereinsteiger aus der Wirtschaft geworben: [Lehrermangel: Berufsschulen suchen dringend Quereinsteiger](#) (Augsburger Allgemeiner, 23.1.18)

Schule

Für eine fehlerfreundliche Haltung – auch gegenüber sich selbst – bei Lehrkräften plädiert der Artikel [Zur Psychologie des Lehrerberufs: Lehrer brauchen eine fehlerfreundliche Haltung – auch bei sich selbst!](#) (News4teachers.de, 25.1.2018)

Aus Sorge oder Bequemlichkeit bringen zahlreiche Eltern ihre Kinder mit dem Auto zur Schule. Das verursacht nicht nur Verkehrsprobleme vor vielen Schulen, sondern schadet auch den Schülern selbst: Anstatt bereits auf dem Schulweg in gewissem Maße wach und aktiv zu sein, bleiben sie passiv, bis sie die Schule erreichen. Das Elterntaxi vermittele ihnen auch, dass ihre Eltern ihnen den Schulweg nicht zutrauen und nehme ihnen wichtige unbeaufsichtigte Entwicklungsräume, so ein Schulpsychologe. (Stern.de, 25.1.18 – [Psychologen warnen: So sehr schadet es Kindern, wenn ihre Eltern sie in die Schule fahren](#))

Pressemitteilungen der Mitgliedsverbände des DL (Bundes- und Landesverbände)

22.01.2018 – IVL Schleswig-Holstein – [IVL zum Streikverbot für Beamte: Wer Beamte zum Streik animiert, handelt unverantwortlich!](#)

22.01.2018 – Hessischer Philologenverband – [Tag der Handschrift am 23. Januar: Hat das Handschreiben ausgedient?](#)

22.01.2018 – brlv – [brlv stellt Weichen zum Landtagswahljahr: Realschule muss weiter gestärkt werden](#)

22.01.2018 – DPhV – [Der Deutsche Philologenverband startet bundesweite Studie zu Arbeitszeit, Belastung und Gesundheit](#)

22.01.2018 – Bayerischer Philologenverband – [Trend „Handlettering“ – Steht der Handschrift eine Renaissance bevor?](#)

22.01.2018 – VNL/VDR – [Statement des VNL/VDR-Landesvorsitzenden Torsten Neumann zur gemeinsamen Mitteilung der SPD- und CDU-Fraktionsvorsitzenden Johanne Modder und Dirk Toepffer, die Anhörungsfrist zur beabsichtigten Novellierung des Schulgesetzes zu verkürzen:](#)

23.01.2018 – VNL/VDR – [Verband Niedersächsischer Lehrkräfte: Das Gegenteil von gut ist gut gemeint: Ranking der Stadtverwaltung Hannover stigmatisiert Schulen](#)

24.01.2018 – Philologenverband Sachsen – [Philologenverband unterstützt Verbeamtungspläne - fordert adäquaten Ausgleich für ältere Kollegen](#)

24.01.2018 – VNL/VDR – [Verband Niedersächsischer Lehrkräfte zur geplanten Schulgesetznovelle: Befristetes Beibehalten der Förderschule Lernen nur winziger Schritt](#)

24.01.2018 – Bayerischer Philologenverband – [Von wegen Lehrermangel: 75% der Bewerber am Gymnasium ohne Planstelle](#)

26.01.2018 – Philologenverband Baden-Württemberg – [Philologenverband Baden-Württemberg \(PhV BW\) zu Sprachdiplom DELF als Leistungsnachweis an Gymnasien](#)

26.01.2018 – VDR – [Realschulabschluss bundesweit nachgefragt - Weitere Stärkung ist dringend erforderlich!](#)

22.01.2018 – IVL Schleswig-Holstein

IVL zum Streikverbot für Beamte: Wer Beamte zum Streik animiert, handelt unverantwortlich!

„Es ist gleich in mehrerlei Hinsicht unverantwortlich, wenn eine Gewerkschaft wie die GEW ihre verbeamteten Mitglieder zum Streik animiert und wenn dienstrechtliche Konsequenzen drohen, Rechtsschutz gewährt“, kommentiert die Landesvorsitzende der Interessenvertretung der Lehrkräfte in Schleswig-Holstein (IVL) die momentane Diskussion um das Streikverbot für Beamte.

Aus Sicht der IVL ist die Vermittlung von Schulbildung ganz eindeutig eine hoheitliche Aufgabe unseres Staatswesens. „Gerade die von der GEW so häufig geforderte ‚Bildungsgerechtigkeit‘ kann doch wohl kaum durch wochenlang geschlossene Schulen erreicht werden“, so Rhenius.

Ebenso unverantwortlich sei dieses Vorgehen mit Blick auf die Kolleginnen und Kollegen. Rhenius: „Es ist unredlich, den verbeamteten Lehrkräften vorzugaukeln, dass es völlig unproblematisch sei, sich an Streiks zu beteiligen, da man ja für rechtlichen Beistand Sorge.“ Es entsteht dabei zudem der Eindruck, dass es sich hierbei im Wesentlichen um Funktionärsdebatten handelt, die zu deren Profilierung dienen soll.

„Dass durch solche Aufrufe der hoheitliche Auftrag von Lehrkräften und damit am Ende der Beamtenstatus infrage gestellt wird, muss auch den betreffenden Gewerkschaften bewusst sein. Sie spielen auf Kosten der gegenwärtigen und zukünftigen Kolleginnen und Kollegen mit dem Feuer“, so Rhenius abschließend.

V.i.S.d.P. IVL-SH
Tade Peetz, Pressereferent
Stückenberg 15
24226 Heikendorf
Tel.: 0431-2391935
Mobil: 0151-25386916
www.ivl-sh.de

Heikendorf, 22. Januar 2018

22.01.2018 – Hessischer Philologenverband Pressemeldung vom 22.01.2018

Tag der Handschrift am 23. Januar: Hat das Handschreiben ausgedient?

Morgen ist der Tag der Handschrift. Immer mehr Kinder tun sich schwer mit dem Handschreiben.

Jedes Jahr wird der 23. Januar in den USA als National Handwriting Day begangen. Ein Anlass für den Hessischen Philologenverband, den Blick auf die Situation an hessischen Schulen zu richten. Lehrkräfte beobachten immer häufiger, dass Schülerinnen und Schüler Schwierigkeiten mit dem Handschreiben haben. Beunruhigende Ergebnisse brachte bereits im Jahr 2015 eine Umfrage, die der Deutsche Lehrerverband (DL) gemeinsam mit dem Schreibmotorik Institut, Heroldsberg, durchgeführt hat. Danach meinen vier Fünftel (79 Prozent) der an der Erhebung beteiligten Lehrerinnen und Lehrer an weiterführenden Schulen, die Handschrift ihrer Schülerinnen und Schüler habe sich im Schnitt verschlechtert.

In Hessens Grundschulen wird keine einheitliche Ausgangsschrift gelehrt. Es gibt drei Varianten einer Verbundschrift (die Lateinische Ausgangsschrift, die vereinfachte Ausgangsschrift, die Schulausgangsschrift) und dazu noch die unverbundene, drucknahe „Grundschrift“, die sich der Grundschulverband ausgedacht hat. Die Schulen entscheiden, welche Schrift sie den Schülern beibringen. Nicht selten bleibt es dabei, dass Kinder nur noch Druckschrift beherrschen.

Der Hessische Philologenverband sieht es als problematisch an, wenn in den Schulen immer weniger Wert auf ein gut lesbares, auch verbundenes Handschreiben gelegt wird. Schreibmotorische Fähigkeiten drohen zu verkümmern. „Gute Schreiber sollten Lob ernten von den Lehrkräften, hin und wieder kann ein Bekenntnis zur Ästhetik des Schreibens nicht

schaden“, merkt der Vorsitzende des Pädagogischen Ausschusses, Reinhard Schwab, an. Kritisch zu hinterfragen ist der Trend weg vom Schreibblock, hin zur Computertastatur und zum Display. Die - zweifelsohne sinnvolle - technische Unterstützung im Zeitalter von Computer, Tablets und Smartphones sollte nicht dazu führen, dass die individuelle Handschrift, eine zentrale Kulturtechnik, verloren geht.

Die hessischen Philologen setzen sich explizit für das Handschreiben und eine verbundene Handschrift ein. Reinhard Schwab findet dazu deutliche Worte: „Im sorgfältigen Schreiben spiegelt sich sorgfältiges Denken. Die Konzentration auf gutes Schreiben erhöht die Chancen auf klares Denken und eine sichere Rechtschreibung.“ Beim Schreiben mit der Hand werden andere und mehr Hirnregionen aktiviert als beim Tippen einzelner Buchstaben. Studien aus den Vereinigten Staaten, Kanada und Frankreich haben ergeben, dass eine Verbundschrift Vorteile im Hinblick auf das Aneignen und Merken von Texten bringt.

Eine Forderung des Hessischen Philologenverbandes ist, dass die Schülerinnen und Schüler während der vierjährigen Grundschulzeit eine verbundene Schreibschrift erlernen, damit sie in die Lage versetzt werden, flüssig und in einem angemessenen Tempo zu schreiben sowie eine Handschrift zu lesen (z.B. den Tafelanschrieb der Lehrkraft oder den Aufsatz des Mitschülers). In den weiterführenden Schulen geht es dann um die individuelle Weiterentwicklung des Handschriftlichen, nicht um eine stark reglementierte Schrift.

Das Handschriftliche wird auch weiterhin seine Bedeutung als Mittel der Kommunikation haben: Man sollte den Grundschulern die Gelegenheit geben, eine gute Schreibschrift zu erlernen.

HESSISCHER PHILOLOGENVERBAND e.V.
Dr. Iris Schröder-Maiwald
Referentin für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

22.01.2018 – brlv

brlv stellt Weichen zum Landtagswahljahr: Realschule muss weiter gestärkt werden

brlv-interne Klausurtagung des Geschäftsführenden Vorstands am 19. und 20. Januar in Bad Gögging (Niederbayern)

Der pädagogisch sinnvolle Umgang mit der Digitalisierung, die schulartbezogene Lehrerbildung, ein perspektivisches Konzept zur Gewinnung von Junglehrern und die Lehrerversorgung an den bayerischen Realschulen standen auf der Agenda der Klausurtagung des Geschäftsführenden Vorstands des Bayerischen Realschullehrerverbandes (brlv), die am Wochenende im niederbayerischen Bad Gögging stattfand. brlv-Vorsitzender Jürgen Böhm machte die Bedeutung der traditionellen Klausurtagung gerade zu Beginn des aktuellen Jahres deutlich: „Die Bayern wählen 2018 einen neuen Landtag und wie auch immer sich dann die neue Landesregierung zusammensetzen wird, sie muss die erfolgreiche bayerische Realschule im Blick behalten. Für ein Drittel der jungen Menschen im Freistaat ist die in der Bevölkerung Bayerns hoch anerkannte Realschule die Basis und der Ausgangspunkt für einen erfolgreichen Lebens- und Berufsweg.“

Deshalb hat man sich intensiv mit den eigenen Grundpositionen auseinander gesetzt, um auch 2018 mit allen politischen Akteuren im intensiven Austausch zu bleiben. Dem brlv als der starken Vertretung der Lehrkräfte an den Realschulen gehe es primär darum, die

Belange und Forderungen der Kollegen an der Realschule intensiv in die öffentliche und politische Diskussion zu tragen.

Böhm unterstrich dabei erneut, dass sich der brlv in den wichtigsten Zielen mit dem Elternverband (LEV-RS) und dem Direktorenverband (VBR) einig sei. Dazu habe man auch bereits einen gemeinsamen Forderungskatalog erarbeitet, der nun im Vorstand des brlv vertieft wurde. „Um die Qualität der Realschule auch im kommenden Schuljahr sicherzustellen, ist unsere Forderung nach mindestens 400 Neueinstellungen dringend notwendig und wird von allen drei Realschulverbänden unterstützt“, so Böhm. Dabei orientiere man sich stets am Ziel, eine Klassengröße von 24 Schülern je Klasse zu erreichen.

Vor dem Hintergrund der fortschreitenden Digitalisierung müsse man zudem aber auch weitere Kraftanstrengungen vornehmen. Der Masterplan Bayern Digital II setze dabei schon ein gutes Signal. „Wir erwarten, dass Staatsregierung und Landtag darauf hinwirken, dass deutlich sichtbar Stellen und Mittel an unsere Schulart gehen“, äußerten sich auch Böhm's Stellvertreter Jacob, Babl und Dachs.

Ebenfalls auf der Agenda standen die Ergebnisse der Arbeitsgruppe Lehrerbildung: Der Verband hat sich mit konkreten Vorschlägen zur Lehrerbildung beschäftigt, die im Frühjahr 2018 auf Landesvorstandsebene diskutiert werden. Unter anderem ging es darum, die schulartspezifische Lehrerausbildung so weiterzuentwickeln, dass das Profil und die Qualität der Schulart auch in Zukunft nicht verwässert werden. Dazu zählten zum Beispiel die Beibehaltung der Staatsexamensprüfungen, des 24-monatigen Referendariats und ein klarer Ausbau der Lehrerfortbildungen nach Abschluss der Ausbildung.

22.01.2018 – DPhV

Der Deutsche Philologenverband startet bundesweite Studie zu Arbeitszeit, Belastung und Gesundheit

Lin-Klitzing: „Erstmalig wird deutschlandweit das Spektrum der aktuellen beruflichen Anforderungen und Aufgaben der Gymnasiallehrkräfte untersucht!“

Mit einer umfassenden Studie zu Arbeitszeit, Belastung und Gesundheit von Gymnasiallehrkräften trägt der Deutsche Philologenverband (DPhV) dem sich gewandelten Berufsbild der Gymnasiallehrerinnen und -lehrer und den zunehmenden Hinweisen von Lehrkräften auf Überlastung Rechnung.

Eine solche Studie ist längst überfällig. Seit 1973 (Knight-Wegenstein) hat die Kultusministerkonferenz keine neue Studie initiiert und die diesbezügliche Forderung des Deutschen Philologenverbandes ignoriert. Jetzt hat der DPhV diese Studie, die sich an über 175.000 Lehrkräfte an den Gymnasien in Deutschland wendet, selbst initiiert.

„Erstmalig wird deutschlandweit das Spektrum der aktuellen beruflichen Anforderungen und Aufgaben der Gymnasiallehrkräfte erfasst und untersucht, wie sich diese auf die Arbeitszeit und Gesundheit auswirken. Mit dem Institut für Präventivmedizin der Universität Rostock wurde ein auf dem Gebiet der Analyse der Arbeitsbelastung und deren Auswirkungen auf die Gesundheit renommierter Partner gefunden, der die Studie wissenschaftlich vorbereitet hat, begleitet und anschließend auch die Auswertung vornehmen

wird“, so Prof. Dr. Susanne Lin-Klitzing, Vorsitzende des Deutschen Philologenverbandes.

„Diese Studie ist die bisher größte Untersuchung bei einer Berufsgruppe in Deutschland und stellt uns hinsichtlich des methodischen Konzeptes als auch der technischen Umsetzung vor große Herausforderungen“, kommentierte Dr. Reingard Seibt, die im Institut für Präventivmedizin die Studie leitet.

An den Gymnasien haben sich die Belastungen in den vergangenen Jahrzehnten beständig erhöht: durch innere Differenzierung und aufwändige Erziehungsaufgaben in heterogener gewordenen Klassen, den Einsatz vielfältiger Medien bei unzureichender Grundausstattung und unklaren Rechten für Lehrkräfte, zusätzlichen Vergleichsarbeiten im Rahmen nationaler und internationaler Tests sowie Schulentwicklungsaufgaben und deren Evaluation. Durch die Aufgaben inklusiver Beschulung und der besonderen Förderung von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund ohne ausreichende professionelle Unterstützung kommen weitere Belastungen hinzu. Auch ist der Umgang mit Teilen der Schülerschaft und deren Eltern schwieriger geworden.

Die Studie wird von der DAK Gesundheit unterstützt, die sich wichtige Erkenntnisse für die Gesundheitsförderung von Lehrkräften erhofft.

Die Studie zu Arbeitszeit, Belastung und Gesundheit von Gymnasiallehrkräften startete bereits im Freistaat Sachsen am 08. Januar, in Rheinland-Pfalz und in Schleswig-Holstein am 15. Januar. Alle anderen Bundesländer folgen zeitversetzt im Laufe des ersten Quartals 2018. Erste Ergebnisse sind ab Mitte 2018 zu erwarten.

Berlin, 22.01.2018

Eva Hertzfeldt
Pressesprecherin
Deutscher Philologenverband
Friedrichstr. 169
10117 Berlin
Tel.: 0 30/ 4 081 67 89
Fax: 0 30/ 4 081 67 88

22.01.2018 – Bayerischer Philologenverband

Trend „Handlettering“ – Steht der Handschrift eine Renaissance bevor? **Philologenverband weist zum Tag der Handschrift am 23. Januar auf wichtige Kulturtechnik hin**

Passend zum Tag der Handschrift am 23. Januar beobachten Lehrkräfte einen überraschenden Trend: Immer mehr ältere Jugendliche scheinen sich auf die Handschrift zu besinnen; das sogenannte „Handlettering“, also das bewusste Schönschreiben, liegt voll im Trend.

Michael Schwägerl, Vorsitzender des Bayerischen Philologenverbandes (bpv), kommentiert: „Das steigende Interesse an der Handschrift, das sich im sogenannten „Handlettering“ zeigt, ist ein Zeichen dafür, dass das Schreiben mit der Hand auch in Smartphone-Zeiten nicht überholt ist. Ganz im Gegenteil: Die eigene, individuelle Schrift wird von jungen Menschen zunehmend als Ausdruck der eigenen Persönlichkeit und Kreativität geschätzt und

wiederentdeckt - gerade im digitalen Zeitalter. Ich halte dies für eine ermutigende Entwicklung in einer Zeit, in der Digitalisierung auch in der Bildungspolitik das Schlagwort der Stunde ist. Denn bei aller digitalen Euphorie dürfen wir die Handschrift nicht vergessen. Gerade in Schule und Elternhaus muss diese Wert-schätzung erfahren. Einen längeren Text mit der Hand zu schreiben erfordert Ausdauer, Konzentration und Planung im Kopf – alles Fähigkeiten, die junge Menschen erlernen müssen und die nicht nur beim Schreiben von Nutzen sind. Daher ist es von größter Bedeutung, zuerst die Fähigkeiten hin zu einer flüssigen und leserlichen Schrift bei den Kindern zu entwickeln, bevor digitale Schreibtechniken zum Einsatz kommen.“

Noch in einer Umfrage, die der Deutsche Lehrerverband im Jahr 2015 zusammen mit dem Schreibmotorik Institut Heroldsberg durchgeführte, hatten 79 Prozent der befragten Lehrkräfte an weiterführenden Schulen angegeben, dass sich die Handschrift der Schüler im Schnitt verschlechtert habe. An den Grundschulen hatten diese Aussage sogar 83 Prozent geteilt. Die Lehrkräfte sahen dabei auch einen Zusammenhang zwischen den kognitiven Leistungen der Schüler und ihrer Handschrift.

Für den Inhalt verantwortlich:

Benedikt Mayer, Pressereferent des bpv, E-Mail: presse@bpv.de, Tel. 0172/8483399

22.01.2018 – VNL/VDR

Statement des VNL/VDR-Landesvorsitzenden Torsten Neumann zur gemeinsamen Mitteilung der SPD- und CDU-Fraktionsvorsitzenden Johanne Modder und Dirk Toepffer, die Anhörungsfrist zur beabsichtigten Novellierung des Schulgesetzes zu verkürzen:

„Als die jetzigen Regierungsparteien noch jeweils in der Opposition standen, haben sie jedes Mal dagegen gewettert, wenn die damalige Landesregierung im Eilverfahren eine Gesetzesänderung mit verkürzten Anhörungsfristen durchgepeitscht hat. Jetzt praktizieren sie als Regierung dieses Verfahren wieder. Dabei wäre eine breite Beteiligung der Betroffenen ohne Zeitdruck sicherlich sinnvoll und würde die Politikverdrossenheit vieler Teile in der Bevölkerung mindern.“

Hannover, 22.01.2018

23.01.2018 – VNL/VDR

Verband Niedersächsischer Lehrkräfte: Das Gegenteil von gut ist gut gemeint: Ranking der Stadtverwaltung Hannover stigmatisiert Schulen Problemschulen brauchen mehr Unterstützung durch Stadt und Land

Nach Ansicht des Verbandes Niedersächsischer Lehrkräfte - VNL/VDR wird die Arbeit an den Brennpunktschulen Hannovers durch die Veröffentlichung eines Rankings weiter erschwert statt erleichtert werden. Ein von der Stadt Hannover erstelltes Ranking zeigt erstmals, wo in Hannovers 57 Grundschulen Armut, Migrationshintergrund und alleinerziehende Eltern schlechte Noten zum Normalfall machen. Die Daten sollen künftig über den Einsatz von Schulsozialarbeitern entscheiden. „Es droht eine weitere Stigmatisierung dieser Schulen, an denen die Lehrkräfte und pädagogischen Mitarbeiter unter nun amtlich bestätigten schweren Bedingungen sehr engagierte Arbeit leisten. Es gilt

aber auch hier: ‚Das Gegenteil von gut ist gut gemeint‘. Die Folge wird sein, dass Eltern verstärkt versuchen werden, diese Schulen zu meiden“, so Torsten Neumann, VNL/VDR-Landesvorsitzender.

Grundsätzlich begrüßt der VNL/VDR den geplanten verstärkten Einsatz von pädagogischem Unterstützungspersonal wie Schulsozialarbeitern und fordert seit langem schon deren Einsatz an allen Schulen sowohl im Primar- als auch im Sekundarbereich. „Jedoch darf nicht erwartet werden, dass die Schulsozialarbeit in kurzer Zeit eine sogenannte Brennpunktschule zu einer Vorzeigeschule machen wird. Hierzu bedarf es einer erheblich größeren Ressourcenzuweisung für diese Schulen durch das Land, wie zum Beispiel mehr Lehrerstellen und deutlich kleinere Klassen. Außerdem braucht es einen langen Atem, bis die Maßnahmen spürbar greifen“, so Neumann abschließend.

Hannover, den 23. Januar 2018

24.01.2018 – Philologenverband Sachsen

Philologenverband unterstützt Verbeamtungspläne - fordert adäquaten Ausgleich für ältere Kollegen

Der Philologenverband Sachsen hat seine Forderung nach einer Verbeamtung aller Lehrerinnen und Lehrer bekräftigt. „In Zeiten des Lehrermangels verliert Sachsen den Wettbewerb um die besten Köpfe! Wenn unsere jungen Kolleginnen und Kollegen nicht die gleichen Chancen bekommen wie in anderen Bundesländern, darunter Sachsen-Anhalt und Thüringen, werden wir sie nicht im Land halten können, und die ohnehin schon äußerst schwierige Situation in vielen unserer Schulen wird noch schlimmer werden,“ sagte Thomas Langer, Vorsitzender der Jungen Philologen.

Dass Lehrer Beamte sein müssen, sei zudem nicht dem derzeitigen Lehrermangel geschuldet. Die Gründe liegen in den Aufgaben, welche die Lehrerinnen und Lehrer im Auftrag des Staates ausführen. „Schulbildung ist kein Privatvergnügen,“ erklärte Langer. „Das Schulwesen hat Verfassungsrang. Somit gelten die Entscheidung über die Versetzung, die Durchführung von Prüfungen und die Vergabe von Abschlüssen als hoheitliche Aufgaben, aufgrund derer Lehrerinnen und Lehrer in anderen Bundesländern selbstverständlich verbeamtet werden,“ so Langer.

Die vorab in der Presse veröffentlichten Pläne des Kultusministeriums seien daher ein hoffnungsvolles Zeichen.

Zugleich mahnte der Philologenverband eindringlich an, diejenigen Lehrkräfte nicht zu vergessen, denen die Verbeamtung verwehrt bleibt. „Die Verbeamtung muss geknüpft sein an einen äquivalenten finanziellen Ausgleich für alle angestellten sächsischen Lehrerinnen und Lehrer. Diese haben seit vielen Jahren herausragende Arbeit geleistet. Sie wurden dafür jedoch stets schlechter bezahlt als ihre Kolleginnen und Kollegen in anderen Bundesländern. Eine Gerechtigkeitslücke darf sich nun nicht auftun!“, forderte Steffen Pabst, amtierender Vorsitzender des PVS. Dazu ist nach seiner Meinung kein eigenständiger Tarifvertrag notwendig. „Eine Höhergruppierung aller Kolleginnen und Kollegen ist sofort möglich“, so der PVS-Vorsitzende. „Es darf nicht sein, dass unsere erfahrenen Kolleginnen und Kollegen leer ausgehen, weil Verbesserungen nur für Berufseinsteiger angedacht werden!“

Dresden, 24.01.2018

Ansprechpartner: Steffen Pabst (Vorsitzender des Philologenverbandes Sachsen)
Kontakt: 01522 9898825

24.01.2018 – VNL/VDR

Verband Niedersächsischer Lehrkräfte zur geplanten Schulgesetznovelle: Befristetes Beibehalten der Förderschule Lernen nur winziger Schritt

Umsetzung der Inklusion weiterhin intensiv fortsetzen – aber: Rahmenbedingungen an allen Schulen endlich nachhaltig verbessern

Der Verband Niedersächsischer Lehrkräfte - VNL/VDR fordert von der Landesregierung, die Umsetzung der Inklusion weiterhin intensiv fortzusetzen. Die Inklusion an Niedersachsens Schulen läuft noch immer nicht rund. Sie ist weiterhin eine Baustelle, die sowohl Lehrkräfte wie Schülerinnen und Schüler belastet. Deshalb sieht der VNL/VDR in der zeitlich begrenzten Möglichkeit, Förderschulen mit dem Schwerpunkt Lernen bis 2028 weiterhin vorzuhalten bzw. Lerngruppen für Schülerinnen und Schüler mit entsprechendem Förderbedarf an allgemeinbildenden Schulen des Sekundarbereichs I einzurichten, einen praktikablen Weg, etwas Druck aus den Schulen zu nehmen. „Dabei ist diese Maßnahme nur ein winziger Schritt, sozusagen ein kurzes Atemholen. Die Zeit muss genutzt werden, um endlich die Rahmenbedingungen für eine gelingende Umsetzung der Inklusion nachhaltig zu verbessern. Dazu gehören nicht nur Förderschullehrkräfte – sie sind die Experten für Inklusion – sondern auch ausreichend qualifiziertes Unterstützungspersonal fest angestellt an allen Schulen“, fordert der VNL/VDR-Landesvorsitzende Torsten Neumann mit Blick auf die geplante Schulgesetznovellierung, über die heute (24.01.2018) im Landtag in Hannover debattiert worden ist.

Für den VNL/VDR ist es wichtig, dass die Rahmenbedingungen an den Schulen verbessert werden, unter denen die gemeinsame Beschulung aller Schülerinnen und Schüler und insbesondere die Förderung von Schülerinnen und Schülern mit ihren sehr unterschiedlichen Unterstützungsbedarfen gelingen kann. Schulen, die einen besonders hohen Anteil an Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Unterstützungsbedarf aufnehmen, müssen durch eine entsprechend hohe Ressourcenzuteilung gestärkt werden. Die Lehrerfort- und -weiterbildung muss inhaltlich noch mehr auf die Praxis vor Ort eingehen. Die Landesregierung geht in ihrem Entwurf zur Schulgesetznovelle offensichtlich davon aus, dass die Ressourcen bis 2028 soweit vorhanden sein werden, dass die Förderschulen Lernen spätestens dann geschlossen werden können. „Ob die Rahmenbedingungen in allen Regionen bis dahin wirklich soweit zufriedenstellend sein werden, wird abgewartet werden müssen. Letztendlich wird es auch zu diesem Zeitpunkt Schülerinnen und Schüler geben, die an den weiterführenden Schulen nicht zurechtkommen werden. Wir vom VNL/VDR befürchten, dass diese Regelungen wieder auf dem Rücken der Kolleginnen und Kollegen ausgetragen werden“, so Neumann abschließend, der auch das verkürzte Beteiligungsverfahren bei der Beratung der Schulgesetznovelle kritisiert.
Hannover, den 24. Januar 2018

**24.01.2018 – Bayerischer Philologenverband
bpv-Presseerklärung Nr. 3 vom 24.01.2018:**

Von wegen Lehrermangel: 75% der Bewerber am Gymnasium ohne Planstelle

500 Absolventen betroffen – Junge Philologen fordern mehr Stellen

Bayern verzichtet auch beim aktuellen Einstellungstermin an den Gymnasien auf Spitzenabsolventen und verschenkt damit wertvolles Potential. Die Referendar- und

Jungphilologenvertretung (rjv) im Bayerischen Philologenverband (bpv) zeigt sich angesichts der erneut viel zu geringen Einstellungszahlen enttäuscht und plädiert für eine spürbare Erhöhung.

Im Februar 2018 beenden ca. 660 Referendare ihre Ausbildung am Gymnasium erfolgreich mit dem Zweiten Staatsexamen. Zahlen des Kultusministeriums ist zu entnehmen, dass für Bewerber aus dem aktuellen Prüfungsjahrgang nur etwa 150 Planstellen zur Verfügung stehen. Zusätzlich werden ca. 15 Stellen an Fach- und Berufsoberschulen neu besetzt, so dass insgesamt 75% kein Angebot vom Staat erhalten - eine traurige Perspektive nach einem langwierigen Studium und anschließenden kräfte- und nervenzehrenden Referendariat.

Es ist für die rjv nicht akzeptabel, dass viele bayerische Gymnasien weiterhin mit großen Klassen und einer schnell aufgezehrten Lehrerreserve kämpfen, während lediglich durch Fluktuation freiwerdende Stellen besetzt werden und 500 Absolventen ohne gymnasiale Perspektive dastehen.

Beste Nachwuchspädagogen kehren dem Schulsystem den Rücken

Dominik Lörzel, Vorsitzender der rjv: „Es stimmt mich traurig, dass so viele hervorragende Pädagogen vor einer ungewissen Zukunft stehen. Die jungen Kolleginnen und Kollegen mit besten Leistungen werden an den Schulen dringend gebraucht, um die Qualität des bayerischen Gymnasiums zu erhalten. Falls sich für sie keine Perspektive zeigt, ist es nur die logische Konsequenz, dass sie dem Schulsystem den Rücken kehren oder in anderen Bundesländern unterrichten. Dort haben sie zwar dank der hohen Qualität der bayerischen Lehrerausbildung gute Chancen, für Bayern sind sie damit aber langfristig als Lehrkräfte verloren. Das kann weder im Interesse des Freistaats sein noch in dem unserer Schülerinnen und Schüler.“

G9: Jetzt vorausschauend einstellen

Angesichts 1000 zusätzlich benötigter Stellen im Zuge des neuen G9 bis zum Jahr 2025 fordert die rjv, bereits jetzt die besten Gymnasiallehrer an den Schulen zu binden. Lörzel erläutert: „Wir brauchen ab sofort kontinuierliche Mehreinstellungen. Nur so sind die 1000 zusätzlichen Stellen zu sichern. Es ist unverständlich, warum man jetzt Spitzenkräfte nicht einstellt, die dann in sieben Jahren händeringend gebraucht werden.“

Die rjv vertritt Referendare und junge Gymnasiallehrkräfte in den ersten vier Dienstjahren. Weitere Informationen: www.bpv.de/rjv

Für den Inhalt verantwortlich:

Dominik Lörzel, Vorsitzender der rjv (rjv@bpv.de)

Benedikt Karl, Pressereferent des bpv (presse@bpv.de; Mobil: 0172 8483399)

26.01.2018 – Philologenverband Baden-Württemberg

Philologenverband Baden-Württemberg (PhV BW) zu Sprachdiplom DELF als Leistungsnachweis an Gymnasien

- Der PhV BW begrüßt Pilotprojekt als Gewinn für die deutsch-französischen Beziehungen
- Der PhV BW wünscht Anerkennung und Honorierung der zusätzlichen Arbeit der betreuenden Lehrkräfte durch das KM

Mit Freude hat der Philologenverband Baden-Württemberg die am 24. Januar 2018 von Kultusministerin Dr. Susanne Eisenmann und der französischen Botschafterin Anne-Marie Descôtes unterzeichnete gemeinsame Absichtserklärung zur Kenntnis genommen, in der angekündigt wird, dass baden-württembergische Gymnasiasten in Zukunft die Möglichkeit haben werden, das international anerkannte französische DELF-Sprachdiplom auf der Basis einer zentralen Klassenarbeit zu erwerben.

„Gerade wurde der 55. Jahrestag der Unterzeichnung des Elysée-Vertrages gefeiert und dabei festgestellt, dass die deutsch-französischen Beziehungen etwas erlahmt sind und durchaus – nicht zuletzt auch auf Drängen des französischen Präsidenten – eine Intensivierung erfahren sollten. Deshalb begrüßen wir es ausdrücklich, dass die deutsch-französische Freundschaft durch diese Maßnahme gestärkt wird. Grundvoraussetzung für ein gegenseitiges Verständnis sind gute Kenntnisse der Sprache des Nachbarlandes. Deshalb muss alles getan werden, um diese zu fördern“, so Bernd Saur, der Vorsitzende des Philologenverbandes.

Der Philologenverband weist darauf hin, dass es bereits an vielen Schulen Arbeitsgemeinschaften gibt, die auf die DELF-Prüfungen vorbereiten. Es ist zu begrüßen, dass nunmehr eine zentrale schriftliche Prüfung für unsere Zehntklässler zur Verfügung gestellt wird.

Als Verband der Gymnasiallehrerinnen und Gymnasiallehrer weisen wir aber auch darauf hin, dass diese so begrüßenswerte Maßnahme ein Beispiel dafür ist, dass unseren gymnasialen Lehrkräften immer wieder an den verschiedensten Stellen neue Aufgaben übertragen werden, die „on top“ geleistet werden müssen. Die entsprechenden Prüfungen korrigieren sich nicht von allein und den Lehrkräften, die sich zu anerkannten Prüferinnen und Prüfern fortbilden lassen, sollte auch eine gebührende Entlastung zuerkannt werden. Wir fordern nicht umsonst eine deutliche Entlastung der gymnasialen Lehrkräfte. Die generelle schleichende Verdichtung des Arbeitsvolumens ist weder länger zeitgemäß noch hinnehmbar. Es sollten außerdem ausreichende Stunden für Arbeitsgemeinschaften an den Schulen vorhanden sein, damit die Lehrkräfte die Schülerinnen und Schüler optimal auf die Prüfungen vorbereiten können.

26.01.2018 – VDR

Realschulabschluss bundesweit nachgefragt - Weitere Stärkung ist dringend erforderlich!

Als Basis für ein erfolgreiches Berufsleben und als Garant für weitere Anschlüsse muss der Fokus der Bildungspolitik wieder verstärkt auf die Qualität des Realschulabschlusses gelegt werden

Berlin. Deutschlandweit ist der Realschulabschluss ein immer nachgefragter allgemeinbildender Schulabschluss. So verlassen laut einer aktuellen Statistik allein in Hessen 41 Prozent der Schülerinnen und Schüler die Schule mit einem Realschulabschluss.

„Immer deutlicher wird, dass gerade die Qualität des Realschulabschlusses entscheidend für eine zukunftsgerichtete Bildungspolitik ist. Die Menschen in unserem Land haben den Wert der qualitativen mittleren Bildung erkannt und die Wirtschaft sucht händeringend qualifizierte und ausbildungsreife junge Menschen für immer anspruchsvollere Ausbildungsgänge. Zunehmend erkennen auch die Verantwortlichen in unserem Land, dass die einseitige Orientierung auf akademische Abschlüsse und dem „Abitur für alle“ in eine Sackgasse

geführt hat“, erklärt Jürgen Böhm, der Bundesvorsitzende des Verbandes Deutscher Realschullehrer nach Gesprächen mit den Kultusministern in Rheinland-Pfalz (Dr. Stefanie Hubig, SPD) und Sachsen (Christian Piwarz, CDU) in dieser Woche. Böhm zeigt sich sehr erfreut, dass Rheinland-Pfalz ganz aktuell mit einer gezielten Informationskampagne auf die Aufstiegsorientierung durch den Realschulabschluss hinweist. „Die aktuelle ‚Woche der Realschulen plus‘ zeigt mir, dass dieser anerkannte Abschluss von der Politik endlich wieder den Stellenwert erhält, den er verdient.“ Auch die Tatsache, dass Sachsen endlich über die Verbeamtung von Lehrkräften diskutiert, nehme man positiv wahr.

Böhm führt weiter aus: Wer es mit individueller Förderung und erfolgreich gestaltbaren Bildungsbiographien ernst meine, der komme an der Stärkung der Realschule, der mittleren Bildung und des Realschulabschlusses nicht vorbei. Die Bevölkerung in Deutschland sehe in einem qualitativ gestärkten Realschulabschluss mittlerweile eine hervorragende Ausgangsbasis für vielfältige Berufs- und Karrierechancen. Allein in Bayern und Baden-Württemberg sehen laut FORSA-Umfragen von 2015 und 2017 neunzig Prozent der Bevölkerung in einem Realschulabschluss eine hervorragende Basis für das spätere Berufsleben.